

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 1573/2018

17. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Integration, Soziales, Jugend und Sport

| | | | | |
|-------------------------|---|-----------------|------------|----------|
| Betreff/Sach-antragsnr. | Antrag auf Einführung eines Foodsharing-Projekts | | | |
| TOP - Nr. | | Vorlagenstatus | öffentlich | |
| AZ: | | Erstelldatum | 01.08.2018 | |
| Verfasser | Höttl, Doreen | Zuständiges Amt | Amt 3 | |
| Sachgebiet | Stabsstelle Soziale Angelegenheiten | Abzeichnung OB: | | |
| Beratungsfolge | | Zuständigkeit | Datum | Ö-Status |
| 1 | Ausschuss für Integration, Soziales, Jugend und Sport | Entscheidung | 12.11.2018 | Ö |

| | |
|----------|----------------------------|
| Anlagen: | Anlage 1 Sachantrag Nr 130 |
|----------|----------------------------|

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Integration, Soziales, Jugend und Sport beschließt,

1. ein Foodsharing-Projekt, bspw. eine Foodsharing-Station oder einen Foodsharing-Kühlschrank o.ä., in Fürstenfeldbruck einzuführen und dafür geeignete Orte (bspw. Rathaus, Mehrgenerationenhaus etc.) zu suchen.
2. dass die Verwaltung Kontakt mit dem „Foodsharing München mit angrenzenden Kreisen e.V.“ aufnimmt, um das Münchner Projekt in der Schwanthalerstraße im zuständigen Ausschuss und/oder Stadtrat zeitnah vorzustellen.

| | | | |
|---------------------------------------|----------------------------------|------------------|----------|
| Referent/in | Halbauer / Bündnis 90/Die Grünen | Ja/Nein/Kenntnis | Kenntnis |
| Referent/in | | Ja/Nein/Kenntnis | |
| Referent/in | | Ja/Nein/Kenntnis | |
| Referent/in | | Ja/Nein/Kenntnis | |
| Beirat | | Ja/Nein/Kenntnis | |
| | | | |
| Klimarelevanz | | keine | |
| Umweltauswirkungen | | gering | |
| Finanzielle Auswirkungen | | Nein | |
| Haushaltsmittel stehen zur Verfügung | | | € |
| Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag | | | € |
| Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme | | | € |
| Folgekosten | | | € |

Sachvortrag:

Am 12. Juni 2018 ist bei der Stadtverwaltung Fürstenfeldbruck der Sachantrag Nr 130/2014-2020: Antrag auf Einführung eines Foodsharing-Projekts eingegangen. Antragsteller sind die Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE PARTEI&FREI.

Der Antrag beinhaltet den Beschlussvorschlag, im öffentlichen Raum einen Platz zur Verfügung zu stellen, wo ein Foodsharing-Projekt umgesetzt werden kann. Darüber hinaus soll die Verwaltung eine Vorstellung eines bereits bestehenden Münchner Foodsharing-Projektes in einem stadtpolitischen Gremium organisieren.

Die Intension der Fraktionen ist es, die Nahrungsmittelverschwendung im privaten Raum einzudämmen und dem Gut „Lebensmittel“ wieder mehr Wert zu geben.

Der Antrag und dessen Begründung sind beigelegt (Anlage 1).

Der Inhalt des Antrages wurde in der Verwaltung sowohl im Rechtsamt als auch mit dem Sachgebiet Kinder, Jugend, Familie und Sport diskutiert. Die Organisatorinnen der Brucker Tafel wurden gehört und die öffentlich zugänglichen Informationskanäle (Internet, Facebook, Presseartikel) wurden genutzt, um sich ein Bild von der Foodsharing-Bewegung und dem bereits bestehenden Foodsharing-Projekt im Eine-Welt-Haus in der Schwanthalerstraße in München zu machen.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass Projekte, die das Einsparen von Lebensmitteln als Ziel haben, eine gute Sache sind. In Fürstenfeldbruck gibt es bereits Privatinitiativen und ehrenamtliche Organisationen, die diesen Gedanken umsetzen. So sammelt die Brucker Tafel wöchentlich bei den umliegenden Geschäften Lebensmittel ein, die nicht mehr verkauft werden können, und gibt diese an Bedürftige weiter. Das AEZ hat selbst einen Kühlschrank hinter dem Kassensbereich aufgestellt, in welchem abgelaufene, aber noch verzehrbare Lebensmittel zu finden sind. Private und kirchliche Initiativen sammeln bei ihren Mitgliedern Lebensmittel, um diese zum Beispiel der Notschlafstelle zukommen zu lassen.

Daher zeigten sich die Organisatorinnen der Brucker Tafel auch verwundert, dass dieser Antrag auf Unterstützung eines Foodsharing-Projektes ohne Rücksprache mit bereits bestehenden Projekten in der Stadt gestellt wurde.

Zwei Punkte sind bei einer kommunalen Förderung eines solchen Projektes zu bedenken.

Ungleiche Konkurrenz: Zunächst tritt dieses Projekt, egal von wem organisiert und unterstützt, in Konkurrenz zu den bestehenden Projekten. Bereits jetzt – so ist die Rückmeldung der Brucker Tafel – reichen die Lebensmittelspenden der Geschäfte und Privatpersonen nicht immer aus, um allen angemeldeten Bedürftigen Lebensmittel zukommen zu lassen, so dass Produkte dazu gekauft werden müssen. Sparaktionen von Supermärkten, wie die 50%-Aktion des AEZ, merken die Organisatorinnen der Hilfsorganisation schmerzhaft. Ein kommunal gefördertes Projekt erhält gegenüber privaten Initiativen ungleich mehr Gewichtung. Daher stellt sich die Frage, ob die Kommune eine einseitige Förderung des Themas „Foodsharing“ in Form eines eigenen Projektes überhaupt anstreben sollte.

Zielgruppe: Während die Brucker Tafel das Einsparen von Lebensmitteln mit der Abhilfe von sozialer Not verbindet, käme das beantragte Foodsharing-Projekt allen zu Gute, die gerade den Bedarf an den aktuell abgegebenen Lebensmitteln hätten und schnell genug vor Ort wären. Das Projekt unterscheidet nicht zwischen Arm und Reich. Man könnte argumentieren, dass damit dem Annehmen von übrigen Lebens-

mitteln die Stigmatisierung genommen werden würde, allerdings mit dem oben beschriebenen Preis, dass Bedürftigen eventuell das Nachsehen haben. Noch eine Zahl zum Vergleich: während die Tafel derzeit etwa 470 Bedürftige wöchentlich bedient, ist die Zahl der Nutzer bei dem beantragten Foodsharing-Projekt ungewiss. Legt man das Foodsharing-Projekt im Eine-Welt-Laden in der Schwanthalerstraße in München zu Grunde, werden drei bis vier Lebensmittelkörbe im Monat vorbei gebracht.

Das Projekt wäre wahrscheinlich eine gute Ergänzung zu Einrichtungen, wie der KAP – Caritas Notschlafstelle oder das P6 Neo.

Die Verwaltung würde aus der oben genannten Argumentation heraus empfehlen, kein kommunales Foodsharing-Projekt zu initiieren, sondern eher die Idee der privaten Initiative weiter mit zu unterstützen, indem zum Beispiel der Kontakt zu einer geeigneten sozialen Einrichtung hergestellt wird, um dort das Projekt vorzustellen.